Nummer 230 — Halle, Mittwoch, den 1. Oktober 1924 — 59. Jahrgang.
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an sechsen Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zeilen berechnet, die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, M. d. R. Hergt.

Am 30. September versammeln sich die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstagsgebäude zu einer wichtigen Sitzung, um zu der politischen Lage, d. h. zu der Spaltung der Partei bei der entscheidenden Abstimmung über die Dawes-Gesetze und zu den Bedingungen für den Eintritt der Partei in die Reichsregierung, Stellung zu nehmen. Das Hauptreferat wird der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Hergt, halten, den unser Bild zeigt.

*

Der Reichsminister des Innern hat die Unterrichtsminister der Länder für den 7. Oktober nach Berlin zu einer Besprechung über wichtige Fragen des deutschen Schulwesens eingeladen. Es soll dabei insbesondere erörtert werden, in welcher Form die notwendige Einheitlichkeit in der Entwicklung des deutschen Schulwesens im Zusammenwirken von Reich und Ländern erhalten werden kann.

*

Der preußische Finanzminister Dr. v. Richter ist am Montag in München eingetroffen. Sein Besuch gilt zunächst der Erörterung der Fragen, die mit der Wiedereinrichtung der preußischen Gesandtschaft in München im Zusammenhange stehen. Weiter wird in seinen Verhandlungen mit dem bayrischen Finanzministerium auch die Frage der finanziellen Selbständigkeit der Länder eine Rolle spielen.

*

Die sehr tätige deutsche Schulgemeinde in Konstantinopel hat einen Erfolg zu verzeichnen. Aus Angora ist die Genehmigung zur Wiedereröffnung der deutschen Schule eingetroffen. Die deutsche Schule wird zunächst mit fünf Klassen beginnen und sich allmählich zur Vollrealschule entwickeln.

*

Genfer Meldungen lassen die Situation bei der Völkerbundstagung äußerst kritisch erscheinen. Die französischen Unterhändler bieten ihre äußersten Kräfte auf, um Japan dazu zu veranlassen, sich der Abstimmung über das Protokoll zu enthalten. Zur Annahme des Protokolls ist die Einstimmigkeit erforderlich.

*

Bei den schwedischen Herbstmanövern stießen in der Nähe von Enkoeping in 300 Meter Höhe zwei Militärflugzeuge zusammen. Die Flugzeuge wurden vollständig zertrümmert und beide Flieger getötet.

*

Die Volta-Agentur vernimmt aus amtlicher Quelle, daß Italien sich für berechtigt halte, gleichfalls die 26prozentige Exportabgabe auf die deutsche Einfuhr zu erheben. Es behalte sich vor, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, falls es ihm zweckmäßig erscheinen sollte. — Also scheint es zu kommen, wie wir vorausgesagt haben.

*

Die Sowjetregierung gibt amtlich bekannt: Jeder „Genosse" ist berechtigt, seinen Familiennamen beliebig zu ändern, sofern er zur sofortigen Zahlung von drei Goldrubeln bereit ist. Verboten ist die Beilegung des Namens Lenin.

*

Amtlich wird in Madrid gemeldet: Die spanischen Entsatzkräfte für Tetuan haben in der Nähe dieses Ortes den Rebellen eine schwere Niederlage beigebracht. Der Feind ließ 120 Tote am Platze.

*

Vom 2. Oktober an finden die japanischen Flottenmanöver statt. Es sind die ersten, die seit der Washingtoner Abrüstungskonferenz abgehalten werden. In ganz Japan wird diesen Manövern eine große Bedeutung beigemessen, weil hierbei die Gesamtzahl der Marinestreitkräfte versammelt ist, wie sie das Washingtoner Abkommen vorgesehen hat. Es nehmen diesmal 188 Schiffe teil, während an den letzten Manövern nur 134 Schiffe beteiligt waren.

*

Für den Umschwung der Stimmung in den Arbeiterkreisen Polnisch-Oberschlesiens sind die Wahlen zum Betriebsrat in den Gruben von Griesches Erben A.-G. charakteristisch. Während die freien deutschen Gewerkschaften 15 Mandate erhielten, bekamen der polnische Zentralverband und die polnische Berufsvereinigung nur je 2 Mandate.

*

Das deutsche Memorandum über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist in Paris, London und Brüssel überreicht worden. Herriot wird das Memorandum am Donnerstag dem Ministerrat unterbreiten.

Außen und Innen.

Japan — Amerika.

Die Vorgänge in Ostasien verdienen alle Aufmerksamkeit. Schon ist der erste Schritt zur Einmischung in China getan, da amerikanische Marinetruppen zum Schutz eines Geländes der Petroleumgesellschaft Standard Oil Company gelandet wurden und damit, um zu dem Gelände zu gelangen, chinesischen Boden betreten haben. Man weiß: „Kleine Ursachen — große Wirkungen." Wichtig ist in diesem Zusammenhange, daß die Schanghai verteidigenden Tschekiangtruppen plötzlich eine starke Widerstandskraft zeigen, was kaum anders zu erklären ist, als daß sie von Japan, das mit ihrem Verbündeten Tschangtsolin im Bunde steht, irgendwelche Unterstützung erhalten haben. Wichtig ist ferner, daß die japanische Presse in der Mandschurei einen starken Pressefeldzug gegen Amerika-England unternimmt, wovon nach einer Aeußerung des Auswärtigen Amts Tschangtsolins Unruhen gegen die Ausländer zu befürchten sind. Das findet statt in einer Zeit, wo ein riesiges Manöver der gesamten japanischen Marinestreitkräfte unmittelbar bevorsteht — mit der damit immer verbundenen Entflammung des Nationalgefühls —, und wo die japanischen Vertreter in Genf durch ihre Haltung zu verstehen geben, daß Japan nicht daran denkt, sich vom Völkerbund für den Fall eines Konflikts irgendwelche Fesseln auferlegen zu lassen. An welchem Konfliktsfall dabei gedacht ist, zeigt am besten, daß in Genf auf die japanische Stellungnahme hin sofort eine große Zahl amerikanischer Pressevertreter eingetroffen ist. Es scheint demnach, daß die Annäherungsversuche zwischen Japan und Amerika gescheitert sind. Was sich aus dem neuerlichen Verhalten Japans für Folgen ergeben werden, ist noch nicht abzusehen. Sollte Japan geneigt sein, den Kampf gegen die Westmächte anzunehmen?

Rußland und die Entente.

Die inneren Zustände Rußlands übergehe ich hier. Seine Außenpolitik scheint wieder einmal erfolgreich sein zu sollen: Bisher bestand in der russischen Frage ein gewisser Gegensatz zwischen England und Amerika. Da ist es von größter Bedeutung, daß in neuester Zeit Amerikas Haltung gegenüber Rußland weniger ablehnend sein soll. Damit wäre diese Meinungsverschiedenheit behoben und der geschlossenen Zusammenarbeit der beiden Verbündeten stände nichts im Wege. Man wird den Grund zu diesem Stellungswechsel Amerikas einerseits in der drohenden japanischen Gefahr suchen müssen, der gegenüber Amerika auf England angewiesen ist, andrerseits innenpolitisch in der aus der amerikanischen Präsidentschaftswahlkampagne ersichtlichen starken Zunahme der Partei Lafolettes, die etwa der englischen Labourparty Macdonalds entspricht, und mit der die künftige amerikanische Politik stark rechnen muß, auch wenn Lafolette es nicht zur Präsidentschaft bringen sollte.

In England scheint die Frage des russisch-englischen Vertrages zu erbittertem Kampf führen zu sollen. **Macdonald** hat in einer Rede in Derby seine Vertragswünsche zwar bezüglich der Anleihe erheblich gemildert, andrerseits aber gedroht: „Wenn das Unterhaus uns zwingen sollte, zu gehen, dann werden wir auf die Rednertribünen des Landes steigen und auffordern, **uns unabhängig zurückkehren** zu lassen." Die Liberalen scheinen zu erheblichem Teil die Haltung Macdonalds zu billigen.

Die Stärke der Arbeitsparteien in England und Amerika ist auch für unsere Innenpolitik beachtlich, denn da die Verhältnisse in Frankreich und in den skandinavischen Staaten ähnlich liegen, ersieht man daraus, daß die starke liberale Weltstimmung noch keineswegs abgeebbt ist.

Frankreich und wir.

Bezeichnend ist in dieser Hinsicht auch, daß aus der gestern kurz mitgeteilten Rede Stresemanns die französische Presse entnehmen will, daß Stresemann Monarchist sei, und das zur Hetze gegen die Gefahr einer Wiedererichtung der Hohenzollernmonarchie benutzt, wie denn überhaupt Stresemann in der französischen Presse schon seit längerem als Monarchist verschrien wird. Gewiß sollen wir uns grundsätzlich nach unseren eigenen Ideen und nicht nach dem Ausland richten, aber bei unserer außenpolitischen Schwäche ist es immerhin vielleicht klüger, unnötige Angriffsflächen zu vermeiden. So wäre bei der etwaigen Umbildung unserer Regierung nach rechts ein Uebergehen der Frage „Monarchie oder Republik?" außenpolitisch schwerlich ein Fehler. Wir haben andere, dringendere Fragen zu erörtern: Was da in Genf über die Fortsetzung der Militärkontrolle durch den Völkerbund beschlossen ist, ist eine so niederträchtige Verschärfung der bisherigen Lage und ein so schlagender Beweis, daß Frankreich nie und immer an Versöhnung und Einräumung der Gleichberechtigung denkt, daß wir uns dagegen mit aller Energie zur Wehr setzen müssen. Ob dies am besten innerhalb oder außerhalb des Völkerbundes geschieht, ist eine zu schwierige Frage, als daß man sie zum Gegenstand der Parteiagitation machen sollte.

Deshalb kann man es auch nur billigen, daß das deutsche Memorandum über Eintritt in den Völkerbund trotz des unerhörten Militärkontrollbeschlusses gestern der französischen Regierung überreicht worden ist. Ueber den Inhalt wird nichts bekanntgegeben, was nicht gerade beruhigend ist. Aber Nervosität oder plötzliche Sprünge können in so schwieriger Situation eher schaden als nützen. Eine gewisse Beruhigung für uns ist, daß Macdonald einen ebenfalls unveröffentlichten Brief an Herriot gerichtet hat, dessen Ton „sehr kräftig" sein soll und der in Paris sehr verstimmt haben soll. Uns bleibt eben nur die Möglichkeit, ganz vorsichtig, aber allerdings durchaus zielbewußt zwischen den zwei europäischen Hauptmächten zu lavieren und den richtigen Zeitpunkt für eine Stellungnahme abzuwarten.

Immerhin müssen wir das außerordentliche Interesse Frankreichs (vor allem Elsaß-Lothringens) und Englands an günstigen Handelsverträgen mit uns dazu benutzen, um auch in politischer Hinsicht Zugeständnisse und möglichste Klarstellung zu erzielen. Unsere Kaufkraft ist und bleibt nun einmal bis auf weiteres unsere Hauptwaffe.

Zur Innenpolitik.

Seit gestern tagt die Deutschnationale Reichstagsfraktion. Die Verhandlungen sind streng vertraulich. Gegenstand ist die Frage des Eintritts in die Regierung.

Von demokratischer Seite wird immer schärfer gegen diesen Eintritt Sturm gelaufen, neuerdings mit der Parole „Republikanischer Block gegen Bürgerblock", wie sie insbesondere in Frankfurt auf der Tagung des deutschen republikanischen Reichsbundes soeben formuliert worden ist.

Theodor Wolff deckt in einem Leitartikel im gestrigen „Berliner Tageblatt" die wunde Stelle des Rechtsblocks auf: „Die Deutschnationalen sind, wenn man wenigstens richtig informiert ist, Anhänger der Monarchie. Sie hassen und verachten die Republik . . . Trotzdem wünschen sie in dieser Republik Minister zu werden . . ." Auf den Hinweis auf diesen Widerspruch ist der ganze Aufsatz abgestimmt. Das ist ein durchaus schlagkräftiges und gefährliches Argument, und es will uns scheinen, daß die Deutschnationalen allerdings kaum umhin können, für den Fall des Eintritts in die Regierung zu erklären, daß sie an eine Aenderung der Regierungsform auf anderem als verfassungsmäßigem Wege nicht denken.

Allerdings dürften andere Fragen als die der Regierungsform zurzeit wesentlich dringlicher sein. Das gilt nicht nur von den außenpolitischen und handelspolitischen, sondern vor allem von der innerpolitischen, der Frage der Verteilung der Lasten aus dem Londoner Abkommen. Die Lücke will sie zum entscheidenden Kampfobjekt machen, indem sie alle Lasten dem Besitz aufbürden will, ohne sehen zu wollen, daß damit für die Gesamtheit gar nichts geändert wird, weil vermindertes Vermögen und Einkommen der Besitzenden, gleichbedeutend mit verminderter Kauf- und Unternehmungskraft, also gleichbedeutend mit Geschäftsstille und Arbeitslosigkeit ist. So leicht und einfach liegen die Dinge leider nicht. Zumal, wenn gleichzeitig überall neue Lohnforderungen gestellt werden, die z. B. im Berliner Baugewerbe auf 1,10 M. pro Stunde lauten. Darin liegt eine derartig ungeheuerliche Verkennung der wirtschaftlichen Möglichkeiten, daß man allerdings im Interesse des Gesamtvolkes nur wünschen kann, daß einsichtigere Kreise in die Regierung gelangen.

*

Berlin, 30. Sept. Die Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag endete mit dem Beschluß, daß sich die Fraktion Verhandlungen über die Regierungsbildung, die gemäß den Erklärungen des Reichskanzlers von der Reichsregierung an sie herantreten könnten, nicht versagen wird. Die für etwaige Verhandlungen in Betracht kommenden Personen sind die Abgeordneten Graf Westarp, Hergt, Schiele und Berendt. Wie wir hören, hat in der Fraktion Einmütigkeit in dieser Auffassung bestanden.

Geld und Demokratie.

Pressebestechungen zur Vorbereitung des Weltkrieges.

Um die französische Bevölkerung für den Krieg zu gewinnen, verlangt der russische Botschafter in Paris, Iswolski, die organisierte Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Zeitungen. Er schreibt an seine Regierung:

„Es handelt sich darum, die Zeitungen, welche der kriegsfreudigen Politik Poincarés feindlich gesinnt sind, zu neutralisieren, indem wir ihr Stillschweigen bezahlen und den Krieg vorbereiten."

Iswolski an den russischen Außenminister:

Paris, 10./23. Oktober 1912.

„Vor einigen Monaten schrieb ich Ihnen ebenso wie Kokovzev über die absolute Notwendigkeit, weitere Geldmittel zur Beeinflussung der französischen Presse bereitzustellen.

Da ich persönlich sehr wenig Erfahrung in solchen Dingen habe, besprach ich mich mit Geheimrat Raffalowitsch, der seit Jahren damit vertraut ist und der folgenden Aktionsplan vorschlägt: Sofort für diesen Zweck 300 000 Fr. bereitzustellen, und mit deren Verteilung denselben Lenoir zu betrauen, der **die früheren Verteilungen** geleitet hat. Es ist von Wichtigkeit, nichts zu unternehmen, ohne Poincaré zu befragen. **Die französischen Staatsmänner haben in solchen Dingen eine unglaubliche Praxis und Gewandtheit.** Iswolski."

Sasonov beantwortet diesen Brief im günstigen Sinne (Streng geheim. St. Petersburg, 17./30. Oktober 1912) und schickt den Abteilungschef Davidov nach Paris, um alles weitere zu besprechen. Davidov drahtet nach seiner Ankunft in Paris am 29. Oktober 1912:

„Résumé meiner Besprechung mit Poincaré und Gelandten. **Weiteren Kredit 300 000** für rasche Presse-Intervention, sobald solche notwendig. Dies ist vernünftig, und ich akzeptierte vorbehaltlich Genehmigung Ew. Exzellenz. Davidov."

In einem Exposé des bisher Geäußerten, welches der russische Finanzminister an Sasonov schickt, steht folgender Passus:

„Raffalowitsch drahtet mir, Kloß wünschte, daß zur Verfügung des französischen Finanzministers für spätere Ausgaben weitere 75 000 Frank bereitgestellt werden."

Raffalowitsch an Iswolski:

11. Dezember 1912.

„Ich habe Ew. Exz. bereits benachrichtigt, daß Lenoir sich auf Veranlassung von Kloß, der hierin der Vorträger **Poincarés** ist, gegenüber den Zeitungen Aurore, Lanterne, Radical usw. — sowie gewissen Direktoren von Zeitungen, deren Auflage zwar klein, aber von politischem Einflusse ist, **fest verpflichtet hat.**"

Raffalowitsch an Davidov nach Petersburg:

11. Dezember 1912.

„Wenn mein Telegramm Sie überraschte, so war ich es noch mehr, als er — Kloß — mir kategorisch den Wunsch ausdrückte, für Dezember und Januar weitere 100 000 Fr. zur Verfügung Lenoirs zu erhalten. Ich bemerkte ihm, daß wir für unser Geld wenigstens anständige Ware empfangen sollten. Wenn wir auch im Notfalle solche Zeitungen, wie Aurore (Zeitung **Clemenceaus**) und Lanterne (Zeitung **Millerands**) und ähnliche, bezahlen wollten so hätte ich doch meine Bedenken gegen La France, L'Epénement usw."

Raffalowitsch an den russ. Ministerpräsidenten:

13. Dezember 1912.

„Die Folge der Weigerung Serbiens (mit Desterreich einen Vertrag der guten Nachbarschaft abzuschließen), wird die Besetzung Belgrads und der Europäische Krieg sein. Unter diesen Umständen ist der Gesandte der Meinung, daß wir es auf 100 000 Fr. mehr oder weniger nicht ankommen lassen sollen, und diese Kloß für Ende Januar zur Verfügung stellen."

Iswolski nach Petersburg:

Streng geheim. 8./21. Juli 1913.

„Nach Einsicht des Exposés des Kriegsministers und meinem erläuternden Vortrage gab Herr Poincaré zu, daß zu keiner Zeit die außergewöhnliche internationale Lage und die politische Konstellationen den alliierten Zielen so günstig gewesen, wie gegenwärtig. Von dieser Unterredung gewann ich die Ueberzeugung, daß **Herr Poincaré in jeder Beziehung mit uns einig geht und den Zeitpunkt endlich für gekommen erachtet,** die hundertjährigen Ziele unserer traditionellen Politik zu verwirklichen und damit das europäische Gleichgewicht durch die Rückkehr der entrissenen Provinzen Elsaß-Lothringen wiederherzustellen.

Die größte Schwierigkeit sieht Poincaré von seiten der Sozial-Radikalen voraus, die einem jeden Kriege, aber ganz besonders einem Kriege, der seinen Ursprung auf dem Balkan nimmt, abgeneigt sind. Diese Partei hat sehr fähige Köpfe und verfügt über eine beträchtliche Anzahl Abgeordneter und Zeitungen. Herr Poincaré glaubt mit mir, daß zur Beschwichtigung dieser Opposition ein sehr großes Opfer unsererseits notwendig ist. Ich wage kaum, den Betrag anzugeben:

drei Millionen Franken,

wovon 250 000 Franken allein für den Radical, Organ des Senators Perchot. Iswolski."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241001018/fragment/page=0001

Raffalowitsch an das russ. Finanzministerium:

Strena geheim. Paris, 7. November 1913.

„Im Einvernehmen mit Herrn Davidov überreiche ich Ihnen anbei 27 Schecks im Gesamtbetrage von 100 000 Franken, die mir von dem mit der Verteilung Beauftragten zugestellt wurden:

La Lanterne	42 000 Fr.	La France	11 000 Fr.
L'Aurore	17 000 „	La Rappel	7 000 „
L'Événement	11 000 „	La Gil Blas	2 000 „
L'Action	9 000 „	Paris-Journal	1 000 „

Alle Zeitungen dieser Liste sind ausschließlich Organe der Sozial-Radikalen Partei.

Es ist in Betracht zu ziehen, daß die Verwendung dieser ersten Monatsrate, ebenso wie der zweiten, nur durch die französische Regierung ohne jede Einmischung unsererseits bewerkstelligt wurde. A. Raffalowitsch."

Am 19. November 1913 folgt ein weiterer Bericht Raffalowitschs:

Le Radikal (2. Rate)	120 000 Fr.
La Lanterne	35 000 „
Le Figaro	25 000 „
Le Temps	50 000 „
La Libre Parole	80 000 „
L'Aurore (2. Rate)	45 000 „
Le Gaulois	25 000 „
La Liberté	30 000 „

In einem Bündel russischer Aktien, gezeichnet II 1257 a, befinden sich auch Belege über nichtfranzösische Zeitungen, datiert 19. Sept. 1913:

Indépendance Belge, **Brüssel**	3 630,40 Fr.
Moniteur des Int. Matin, **Brüssel**	7 635,— „
Amsterd. Eiseftenblad, **Amsterdam**	2 700,— „
Nieuw Allg. Effektenblad, **Amsterdam**	3 398,40 „
Nederlandsche Financier, **Amsterdam**	1 078,— „
Algemeen Handelsblad, **Amsterdam**	1 063,80 „

De Telegraaf, Amsterdam, erhielt, datiert 1. Dezember 1916, 30 000 holl. Gulden. Eine handschriftliche Notiz, die diesem Belege beigefügt ist, besagt:

„Laut Vertrag erhält diese Zeitung **60 000** Gulden jährlich, je zur Hälfte am 1. Juni und 1. Dezember zahlbar. Der Vertrag kann stets vor dem 1. Juni für das nächstfolgende Jahr gekündigt werden, andernfalls gilt er für ein weiteres Jahr verlängert."

Endlich ist aus der Reihe der Empfänger russischer Bestechungsgelder zu erwähnen: **Société Suisse de Surveillance économique zu Bern, welche von der Schweizerischen Regierung zur Ausführung des Ein- und Ausfuhrverbandes mit Deutschland gegründet: 10 000 Pfund Sterling!**

In dem Prozesse des Matin gegen die Humanité, welche einen Teil der Briefe aus den russischen Staatsarchiven im Januar 1924 veröffentlichte, der in ganz Frankreich totgeschwiegen wurde, erschien als Zeuge der frühere russische Ministerpräsident Kokovzev und bekräftigte unter Eid nicht nur die Echtheit aller Schriftstücke, sondern auch aus eigener Erfahrung die scheinheilige **Käuflichkeit der französischen sozialistischen Presse.**

Nach den Enthüllungen der russischen Geheimakten steht fest, daß **fast die gesamte Pariser** Großpresse mit **russischen Staatsgeldern für die Entflammung des Weltkrieges bestochen worden ist.** Die Akten enthalten den Beweis, daß sich an dieser Blutgeldverteilung neben dem Finanz- und Innenminister Klok an allererster Stelle der Minister- und spätere Staatspräsident **Poincaré** beteiligt hat.

Der Kampf gegen die deutsche Luftschiffahrt.

Das französisch-tschechische Flugabkommen.

Prag, 20. Sept. Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut des im Vorjahre abgeschlossenen tschechoslowakisch-französischen Flugabkommens, in dem das beiderseitige große Interesse an der **Entwicklung Prags als mitteleuropäisches Hauptzentrum der Aviatik** betont wird. Das Abkommen sieht ferner den gegenseitigen Austausch von Ingenieuren, Konstrukteuren und technischem Personal vor. Den Industriellen beider Länder sollen Lizenzen für die Erbauung von Motoren und Flugzeugen gesichert und Flugkonzessionen der ausländischen Gesellschaften erst nach vorherigem gegenseitigen Einverständnis beider Staaten erteilt werden. Auf Grund dieses provisorischen, für zwei Jahre berechneten Abkommens und auf Grund der bisherigen Erfahrungen soll dann ein dauernder Vertrag geschlossen werden.

Keine Zerstörung der Luftschiffhalle in Friedrichshafen?

Paris, 29. Sept. Der Berliner Vertreter der Radio-Agentur will aus durchaus autorisierter Quelle erfahren haben, daß der amerikanische Geschäftsträger im Namen des Weißen Hauses der Wilhelmstraße die Versicherung gegeben habe, daß die Vereinigten Staaten bei den Alliierten intervenieren wollten, damit auf die Zerstörung der Flugzeughalle in Friedrichshafen verzichtet werde.

In offiziellen Kreisen in Berlin glaube man aber nicht daran, daß Frankreich und Belgien dies zulassen würden. Doch hofft man, daß die Vereinigten Staaten und Spanien neue Aufträge auf Zeppeline erteilen würden, so daß dadurch die Zerstörung der Luftschiffhalle verzögert werden könnte.

Die Schlacht bei Schanghai.

New York, 29. Sept. Bei Schanghai tobt augenblicklich eine große Schlacht, die Stadt ist teilweise besetzt und steht an verschiedenen Stellen in Flammen. Mandschurische Flugzeuge haben im Laufe der letzten Tage Schanghaikwan mit Bomben beworfen.

In Schanghai, wo man nach der Niederlage des Rebellengouverneurs Lu Yung Hsiang vor zwei Wochen schon ein baldiges Ende der Kämpfe erwartet hatte, richtet man sich auf eine Winterkampagne ein.

Intervention in China?

Paris, 30. Septbr. „Journal des Debats" berichtet über einen chinesisch-amerikanischen Zwischenfall in Schanghai. Bei den Versuchen chinesischer Truppen, das Terrain der Standard Oil Company zu besetzen, wurde sofort eine Abteilung amerikanischer Marineinfanterie gelandet, die die chinesischen Truppen entwaffnete und das Gelände in Besitz nahm.

*

Vielfach wird vermutet, daß die Mächte über kurz oder lang gegen Marschall Tschang-Tso-Lin vorgehen werden. Ein solches Vorgehen würde naturgemäß auch die Kampftätigkeit an der Schanghaifront stark beeinträchtigen.

Aus Tokio wird weiter gemeldet, daß Japan die im Norden der Insel Sachalin stehenden Truppen bis zum Frühjahr dort zu belassen beabsichtigt, angeblich wegen der in den russisch-japanischen Besprechungen eingetretenen Verzögerung.

Zur Lage in Rußland.

Die Lage in Sowjetrußland wird mit jedem Tage bedrohlicher. Die Regierung ist trotz größter Anstrengungen nicht in der Lage, die Aufstände, die im ganzen Reiche hervorbrechen, niederzuschlagen. Die gestern mitgeteilte Lage an der polnischen Grenze zwischen Minsk und Smolensk ist so ernst, daß die Regierung eine neue Demarkationslinie weiter ins Innere legen mußte. Hier finden Kämpfe zwischen den roten Truppen statt. Der berühmte Führer Bachowitsch steht mit Polen in Unterhandlung zur Lieferung von Munition. Auch gewährt Polen den Aufständischen in jeder Weise Schutz und Hilfe.

Wie „Rußkoje" aus Helsingfors meldet, finden an der Wolga heftige Kämpfe zwischen des Generals Nawikow und den roten Truppen statt. Die Stadt Zarizin wird beschossen. Im Kaukasus haben nach furchtbaren Kämpfen die Sowjettruppen große Niederlagen erlitten. Ganze Regimenter desertieren nach Norden, um zu General Nawikow zu stoßen.

*

Am neunten Oktober wird in Köln eine internationale Kommunisten-Konferenz stattfinden, an der, außer deutschen Vertretern, Abordnungen der kommunistischen Partei aus England, Frankreich und der Tschechoslowakei teilnehmen werden. Der Hauptgegenstand der Konferenz wird die Stellungnahme zu dem Dawesplan bilden. In derselben Woche beabsichtigt die KPD., eine „Rhein- und Ruhrwoche" abzuhalten.

Fünf Jahre Technische Nothilfe.

Am 30. September 1924 blickt die Technische Nothilfe auf 5 Arbeitsjahre zurück. Nach den bis jetzt vorliegenden Unterlagen hat sie in diesem Zeitraume an 3 931 Einsatzstellen mit 89 397 Notbelfern eine Arbeit von 5 609 653 Stunden geleistet. Von den bedeutsamsten ihrer Eingriffe seien die bei folgenden Gelegenheiten genannt:

Eisenbahnerstreik 1922, der über Nacht den gesamten deutschen Eisenbahnverkehr und damit den Wirtschaftsapparat des deutschen Volkes und Staates lillegte: die Unterbrechung des gesamten Notendruckes anläßlich des Streiks in der Reichsdruckerei, wo die Technische Nothilfe den Druck der erlösenden Rentenmark bewerkstelligte. Wirtschaftskämpfe in der Landwirtschaft, in Mittel-, Nord- und Ostdeutschland machten in 2 084 Fällen ein großes Aufgebot an Notbelfern notwendig, um Ernte und Vieh vor dem Verderben zu retten.

Der gewaltige Binnenschifferstreik im Jahre 1920 und zahlreiche Wirtschaftskämpfe in den Hafenbetrieben, besonders in Bremen und Hamburg, stellten höchste Anforderungen. 71 Einsätze auf Zechen und in Hütten, 449 in Mühlen, Zuckerfabriken und anderen Betrieben des Nahrungsmittelgewerbes, 795 Einsätze im Transport- und Verkehrswesen, 334 Einsätze in den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken sind sichtbare Zeichen der Wirksamkeit der Technischen Nothilfe für Volksgesundheit und öffentliche Sicherheit.

Ueber 100 Gold-Millionen an Werten sind allein auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung gerettet worden; weit bedeutender, wenn auch nicht in Zahlenwerten erfaßbar, ist die Erhaltungsarbeit der T. N. in den technischen Betrieben gewesen. Doch daß über diesen materiellen Erfolgen steht der ideelle Erfolg des Erziehungsgedankens der Technischen Nothilfe, vor allem durch sein Vorhandensein vermocht hat, daß die deutschen lebenswichtigen Betriebe als das kostbarste unersetzliche Volksgut ein „noli me tangere" geworden sind.

*

Aus welchen Kreisen stammen die Nothelfer? Obenan stehen mit 22 Proz. Landwirte, ihnen folgen mit 21 Proz. Techniker, mit 16 Proz. Beamte, Angestellte und Angehörige freier Berufe, mit 13 Proz. Handwerker, mit 12 Proz. Frauen, mit 10 Proz. Arbeiter und mit 6 Proz. Studenten und Schüler. Die Inanspruchnahme der Nothelfer zeigt ein etwas anderes Bild. Hier stehen mit 32 Proz. die Techniker obenan; ihnen folgen mit 28 Proz. die Arbeiter, mit 16 Proz. die Beamten, Angestellten usw., mit 11 Proz. Studenten, Schüler und Frauen, mit 7 Proz. die Handwerker und endlich mit 5 Proz. die Landwirte. Wo auch immer die Nothelfer in die Bresche gesprungen sind, sie sind, wie ein Dankschreiben es nennt, Wohltäter der leidenden Menschheit gewesen.

Keine Bewährungsfrist für Hitler?

München, 29. Sept. Die staatsanwaltschaftliche Beschwerde gegen die Zubilligung der Bewährungsfrist an Hitler und Kriebel ist ziemlich überraschend gekommen. Entgegen der bisherigen Annahme rechnet man aber in richterlichen Kreisen mit der Wahrscheinlichkeit, daß ihr vom Obersten Landesgerichte stattgegeben und Hitler und Kriebel die Bewährungsfrist versagt werde. **Der Grund liegt in belastendem Material, das auch in Briefen usw. bei den Durchsuchungen wegen des Frontbannes gefunden wurde.** Es sollen insbesondere organisatorische Maßnahmen getroffen worden sein, die mit der Freilassung Hitlers auch politisch in die Erscheinung zu treten bestimmt waren.

München, 30. Sept. Nach einer Meldung des „Süddeutschen Zeitungsdienstes" hat der Ministerrat nach Rücksprache mit den Koalitionsparteien die Ausweisung Hitlers aus Bayern für den Fall beschlossen, daß der Landesgerichtshof dem Einspruch der Staatsanwaltschaft gegen die Freilassung Hitlers nicht stattgeben sollte.

Der neue Postetat.

Unter Zustimmung des Reichsfinanzministeriums hat das Reichspostministerium einen Nachtragsetat zum 1. Oktober 1924 dem Verwaltungsrat der Reichspost vorgelegt, der **eine Vermehrung von 7973 planmäßigen Beamtenstellen und eine Höherstufung für weitere 6472 Postbeamte bringt.** Die hierdurch entstehenden persönlichen Mehrkosten sind auf 500 000 M. veranschlagt. **Aus dem Etat ist zu entnehmen, daß die Zahl der planmäßigen Beamtenstellen, die am 1. April 1924 genau 197 919 betrug, jetzt 204 352 betragen wird;** die Zahl der außerplanmäßigen Beamten ist von 60 804 auf 51 501 vermindert. An planmäßigen Stellen sind mehr geschaffen: 60 Postsekretäre, 200 Telegraphenwerkführer, 3000 weibliche Postbetriebsassistenten, 100 Kraftwagenführer, 3974 Postschaffner und 500 Postboten. Durch Stellenumwandlung sind mehr geschaffen worden: 50 Amtmänner, 338 Oberinspektoren, 1013 Postinspektoren, 250 weibliche Postsekretäre, 50 Werkmeister, 949 männliche und 734 weibliche Postassistenten, 2096 Betriebsassistenten, 886 Oberschaffner.

Gegen katholische Ehejustiz.

Der Deutsche Rechtsbund hat dem Reichsjustizministerium folgende Eingabe unterbreitet:

Aus verschiedenen Teilen des Reiches, besonders aus Bayern und dem Rheinlande, laufen vermehrt Klagen darüber ein, daß die reichsgerichtliche Spruchpraxis im Ehescheidungsverfahren bei beidseitigem Verschulden vornehmlich kompensiert und die Scheidung von Ehen verweigert, deren völlige Zerrüttung außer Zweifel steht. Die ablehnende Haltung der katholischen Kirche in der Ehescheidungsfrage hat dabei zu der Befürchtung geführt, daß die Ehesenate des Reichsgerichts zufällig überwiegend mit Richtern katholischer Konfession besetzt sein könnten. Sollte diese Besorgnis tatsächlich begründet sein, so wird das Reichsjustizministerium gebeten, auf eine paritätische Besetzung der Ehesenate des Reichsgerichts hinwirken zu wollen.

Zur Regierungsumbildung.

Der „Tag" schreibt: Deutlich fühlbar ist, daß im Zentrum die Ansicht weiter um sich greift, daß es ohne die Mitarbeit der Deutschnationalen doch nicht weiter geht. Namentlich ist bekannt geworden, daß Dr. Marx diesen Standpunkt vertritt; **Wirth scheint mit seinen Anhängern bereits in die Minderheit geraten zu sein.** Sehr wesentlich hat dabei auch die Stellung der Bayrischen Volkspartei mitgewirkt, die besonders auf die Hinzuziehung der Deutschnationalen zur Regierung hingedrängt haben.

Von den zur Aufnahme der Verhandlungen bestimmten deutschnationalen Führern sind die Abgeordneten Schiele und Behrens bisher weniger hervorgetreten. Schiele ist Rittergutspächter und Fabrikant, Behrens Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter, aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen. Beide haben, ebenso wie Staatsminister a. D. Hergt und Graf Westarp, als langjährige [illegible] Reichstages die besten Beziehungen zu mannigfachen Persönlichkeiten der Nachbarparteien.

EINER
sagt es dem Andern
DUNLOP
CORD
die Weltmarke
bürgt für Qualität!

Durchlaucht — Frau Güldenwerth.

Roman von **Fred Relius.**

Nachdrucksrecht bei Aug. Scherl, G.m.b.H., Berlin.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Am nächsten Tage equipierte Jürgen sich mit Cut und hohem Hut. Da es regnete, bestellte er ein Auto und fuhr zum „Weißen Hirsch".

In der „Urvasi" sandte er seine Karte durch das Zimmermädchen zur Herzogin von Hohenastenberg.

Sie war zu Hause.

Die herzogliche Jungfer nahm ihm im Salon den Mantel ab. Sie bat, zu warten.

Jürgen klopfte wild das Herz. Er stand in einem auf weichen Luxus abgestimmten Raum. Trotz der Tagesstunde brannte Licht. Die fliederfarbenen Vorhänge waren zugezogen. Unwirklich... wie ein Traum aus einer anderen grauen Welt hörte man die Regentropfen an den Fensterscheiben. Von dem Tischchen... dem Kaminsims hinter Blumenjardinieren und japanischen Satsuma-Lampen hinter bunten Schleiern.

Es roch nach Rosen. Die Tür zum Nebenraum ging leise auf. Frauenröcke rauschten. Orangefarbenes Licht schimmerte wie eine Aureole um einen feinen Frauenkopf mit blondem Haar. Um weiche schlanke Glieder schwarzer Crepe-de-Chine. Die großen mandelförmigen Augen leuchtend blau. Herbe Anmut in den schönen Zügen... Soviel Liebreiz ... Ein verirrtes Lächeln.

Eine Welle bangen Zagens schlug in Jürgens Blut. Vor dem leichten Duft der Parma-Veilchen erzitterte sein Herz.

Er war verwirrt.

„Durchlaucht..."

Sie reichte ihm die Hand. „Bitte, nehmen Sie doch Platz." Und dann, als sie beide saßen, mit der sicheren Anmut einer großen Dame: „Ich danke Ihnen innig, daß Sie kamen. Es gibt so vieles zwischen uns zu klären... aus verworrenem Knäuel zu lösen — für mich — gerade Ihnen gegenüber — gut zu machen... zu sühnen."

„Nein Durchlaucht — nichts."

„Ich habe die Zeitungen gelesen — alle, deren ich habhaft werden konnte. Ich kenne alles, was die Schmähsucht über mich zusammentrug... über meine Ehe .. deren Folgen — — über Sie und mich."

Die verschlungenen Frauenhände lagen in dem sanft getönten Lampenlicht wie ein weißes Band auf schwarzem Kleid. Jürgen verfolgte das nervöse Spiel der feinen Finger ... er sah die Ringe funkeln... die rosigen Nägel... Er trank die Wonne dieser letzten Worte: „Ueber Sie und mich..."

„Meine Frauenehre... der alte Fürstenname den ich trug, ist durch den Schmutz geschleift. Der Pöbel hat darauf gespien... getreten... Sie hob die weiße Hand. „Ich will nicht bitter werden. Ich wollte sagen: es gibt nichts mehr zu verschweigen oder zu bemänteln. Nur noch zu berichtigen oder zu ergänzen. Und — Schulden einzulösen...

Sie haben mich damals... im Sommer des vergangenen Jahres... als Sie durch das Fenster stiegen, in einem Zustand angetroffen, der für eine Frau die größte Schmach bedeutet, die sie leiden kann. Gedemütigt... geschlagen und getreten. Ich glaubte damals daß man Sie — trotz des Verbotes des Herzogs — als Arzt gerufen hätte. Dann erfuhr ich, daß Sie sich ins Haus geschlichen haben. Ich sah in Ihnen den Vertrauten meines Mannes. Ihre Gesellschaft wurde mir vom Herzog aufgedrängt. Alles in mir lehnte sich dagegen auf. Ich wußte, daß mein Mann Subjekte anzuwerben liebte, um mich zu bewachen. Ich haßte Sie."

Ein halbes Lächeln... gütig... hilflos... rührend. „Damals. Ich weiß längst, daß ich Ihnen unrecht tat, Herr Güldenwerth. Daß alles anders war. — Erlassen Sie es mir, zu schildern, wie der Herzog diese Ansicht in mir stärkte. Wie sich — entnervt durch wochenlange Folterqualen — die Fäden klaren Denkens in mir lösten. Wie ich schließlich — in einer Art von Geist- und Seelenparalyse — nur noch tat... glaubte... dachte, wie der Herzog wollte.

Da werden Sie nun fragen, wie das alles möglich war... warum ich diese Qual ertrug?"

Wieder der feine Schimmer eines Lächelns. Süß in seiner stillen Traurigkeit und frauenhaften Scham.

„Ich könnte Ihnen sagen, das sind Geheimnisse eines Frauenherzens. Aber außer deren Unergründlichkeit gibt es auch ein klares Argument: die Angst... die Angst, all die Schmach und Schande vor fremden Menschen auszubreiten. Und die Angst vor meinem Mann. Er hatte mir gedroht, und wenn er mit etwas drohte, war es bitter ernst, daß er mich und sich erschießen würde, wenn ich ohne seinen Willen von ihm ginge. Er brauchte mich... mein Geld. Er hatte im vergangenen Sommer unerhörte Verluste an der Börse und beim Spiel erlitten. Er war arm. —

Kurz vor dem Weihnachtsfest erfuhr ich, daß er mich als geisteskrank entmündigen und in einer Anstalt internieren lassen wollte. Obwohl ich damals kaum mehr folgerichtig denken konnte, reiste ich nach Aich. Graf Aich — mein väterlicher Freund — reichte dort für mich die Scheidungsklage ein. Es fielen sich heraus, daß dazu Papiere nötig waren, die in einem Geheimfach meines Dresdener Schreibtisches lagen. Durch meine Kammerfrau erfuhr ich, daß der Herzog zu Beginn des neuen Jahres verreisen wolle. Am 3. Januar kam ich in Dresden an. Am nächsten Mittag — durch seinen Kammerdiener informiert — der Herzog. Er stellte mich zur Rede... schlug mich... drohte mit Erschießen. Ich floh vor ihm... Sie wissen, was dann kam."

Jürgen sah im Geist entblößte weiße Frauenschultern. Blutrote Peitschenstriemen. Gelöste, leuchtend blonde Haare. Angsttiefe, süße Augen, die von Tränen strömten...

Er nickte.

Es war still. Eine wehsüße, unsagbar köstlich in die Sinne schmeichelnde Traum- und Zauberstimmung lag in diesem Raum. Mit den Wundern seinen mattgedämpften Lichts. Dem leichten fernen Tropfenpochen. Dem Rosenduft. Der Frauennähe. So unwirklich und über alle Maßen schön wie die weißen Elfenfinger, die sich auf dem schwarzen Kleid aus der Umschlingung lösten... sich hoben... sich zu Jürgen streckten. Wie die großen feuchten Märchenaugen, die den Goldgrund eines Frauenherzens schimmerten. Und wie die leise Stimme, die, geheimnisvolle Sehnsucht lockend, über alle Sinne strich.

„Mir will es scheinen, als ob uns beide die Bestimmung zu einem Schicksalsbunde vorgesehen hat. Als müßten Menschen, die gemeinsam soviel Grausen und Entsetzen sahen, Freunde sein. Wollen Sie's?"

Unter einer heißen Welle, die zu Jürgens Herzen drängte, erstarb sein Wort. Er neigte sich. Seine Lippen berührten ehrerbietig ihre Hand.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241001018/fragment/page=0002